

Stiftung Asienhaus | Hohenzollertring 52 | 50672 Köln

Offener Brief zu den Protesten in Thailand: Ausnahmezustand und Verhaftungen verletzen Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung

Offener Brief an den
Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Köln, 16. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Maas,

die Stiftung Asienhaus beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Entwicklungen in Thailand. Wir appellieren dringlichst an die deutsche Bundesregierung, auf die thailändische Regierung dahingehend einzuwirken, dass diese von einer weiteren Eskalation absieht, Gewalt gegen die Demonstrierenden vermeidet und die Grundrechte ihrer Bürger*innen auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrt.

Nach einer Großdemonstration am 14. Oktober in Bangkok hat die thailändische Regierung den Ausnahmezustand für die Hauptstadt Bangkok und Umgebung erklärt. Dabei wurden Protestierende festgenommen sowie weitere Haftbefehle erlassen. Zudem gingen Polizeikräfte gegen Teilnehmende vor. Kritische Meinungsäußerungen, auch im Internet, können zur Verhaftung führen, unter dem Vorwand der Gefährdung der Nationalen Sicherheit. Dies beschneidet die Grundrechte der Bürger*innen von Thailand und verstößt gegen universelle Menschenrechte.

Seit Monaten protestieren Studierende und Schüler*innen in Thailand friedlich gegen ihre Regierung. Die Demonstrierenden fordern die Auflösung des Parlaments sowie freie und faire Neuwahlen, ein Ende von staatlichen Repressionen und Einschüchterungen sowie eine neue Verfassung. Die politischen Reformen sollen auch die Macht der Monarchie gesetzlich beschränken. Der breiten pro-demokratischen Bewegung haben sich landesweit viele Gruppen angeschlossen, darunter unabhängige Gewerkschaften und die LGBTQ+-Community.

Die Protestbewegung begehrt auf gegen jahrzehntelange Missstände und Menschenrechtsverletzungen, nicht zuletzt gegen den politischen Machtmissbrauch infolge des Militärputsches von 2014. Die Forderungen der jungen Generation nach politischer Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht sind demokratische und menschenrechtliche Selbstverständlichkeiten, die Grundstandards der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sind. Aufgrund zunehmender internationaler Aufmerksamkeit sollten die Demonstrierenden von der EU und den einzelnen Regierungen in Europa, darunter Deutschland, Unterstützung erfahren.

Die deutsche Bundesregierung darf die anhaltenden massiven Menschenrechtsverletzungen nicht länger ignorieren. Darunter fallen Verfolgungen und Entführungen von Dissident*innen, in manchen

Fällen wurden gar Menschen ermordet aufgefunden. Politische Verfolgte aus Thailand sollten Zugang zu Asyl erhalten.

Als zivilgesellschaftliche Organisation, die in engem Austausch mit der Demokratiebewegung in Thailand steht, appellieren wir an Sie, umgehend zu handeln. Thailand ist verpflichtet, die bürgerlichen und politischen Rechte seiner Bürger*innen zu gewährleisten.

Wir fordern Sie dazu auf:

- auf die thailändische Regierung einzuwirken, den Ausnahmezustand in Bangkok umgehend aufzuheben und die Versammlungsfreiheit sowie freie Meinungsäußerung der thailändischen Bürger*innen landesweit zu garantieren,
- die thailändische Regierung zu drängen, die Lage nicht eskalieren zu lassen und Polizei, Militär und weitere Sicherheitskräfte zu instruieren, keine Gewalt gegen friedliche Demonstrierende anzuwenden,
- auf die umgehende Freilassung der verhafteten Demonstrierenden zu insistieren, darunter der Menschenrechtsanwalt Anon Nampa, die Studentin Panusaya Sithijirawattanakul und der Aktivist Parit Chiwarak, und Haftbefehle gegen weitere Demonstrierende fallen zu lassen.

Wir bitten Sie umgehend, das Gespräch mit der thailändischen Regierung zu suchen. Bitte informieren Sie uns zeitnah über Ihre Reaktion. Für Gespräche in vertraulichem Rahmen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfram Schaffar

Praphakorn Wongratanawin

für die AG Thailand der Stiftung Asienhaus